

PRESSEMITTEILUNG

PRESSESPRECHER
Torsten Haase

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Bildungspolitik

TOP 43 und 46

Jost de Jager:

OECD-Länderbericht stellt Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen in den Vordergrund

Zum Bericht der Landesregierung über die Ergebnisse des OECD-Länderberichts zur Politik der frühkindlichen Betreuung, Bildung und Erziehung in der Bundesrepublik Deutschland erklärt der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Jost de Jager:

Der Bericht unterstreicht, was schon PISA und IGLU deutlich gemacht haben, nämlich den zu stärkenden Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen. Hierzu hat die CDU frühzeitig konkrete Forderungen formuliert: Wir wollen den Bildungsauftrag der Kindertageseinrichtungen im Kindertagesstättengesetz (KiTaG) konkretisieren und den Kindertageseinrichtungen Zielvorgaben für den Bereich Erkenntniserwerb bis zum Schuleintritt an die Hand geben. Leitlinien zum Bildungsauftrag sowie Empfehlungen zur Zusammenarbeit von Kindertageseinrichtungen, Grundschulen und Jugendhilfe, wie sie die rot-grüne Landesregierung erarbeitet hat, sind der CDU nicht verbindlich genug. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen Kindertageseinrichtungen und Grundschulen durch eine Verpflichtung zu regelmäßigen Konferenzen innerhalb eines Einzugsbereichs erreichen.

Die Vorbereitung auf die Schule im letzten Kindergartenjahr stellt für die CDU einen Schwerpunkt ihrer Politik für frühkindliche Bildung dar. Wir wollen die Kinder im Jahr vor der Einschulung zeitweilig zu Jahrgangsguppen zusammenführen und sie projektbezogen spielerisch auf die Grundschule vorbereiten.

Zu einer guten Vorbereitung auf die Schule gehören vor allem aber die sprachlichen Fertigkeiten der Kinder, die bei Schulbeginn ausreichen müssen, um sinnvoll am Unterricht teilnehmen zu können. Die CDU wird daher die Schuleingangsprüfung vorsehen und in diesem Rahmen eine frühe Überprüfung der Sprachkenntnis vornehmen, um ggf. eine intensive Sprachförderung rechtzeitig vor Schulbeginn einzuleiten.

Ein weiterer Diskussionspunkt, der durch den OECD-Bericht angeregt wird, ist die frühere Einschulung. Ein Kind soll in dem Jahr, in dem es sechs Jahre alt wird, in die Schule kommen.

Gleichwohl dürfen die erhöhten Anforderungen an Kindertageseinrichtungen die Träger nicht durch zusätzliche Kosten weiter belasten. Das Land muss für die Einhaltung des Konnexitätsprinzips Sorge tragen. So würde z. B. die Akademisierung von Erzieherinnen und Erzieher zu Gehaltssteigerungen führen, die die Kommunen nicht tragen können. Es würde zudem weite Bevölkerungsteile vom Beruf der Erzieherin und des Erziehers fernhalten.

Die CDU will eine Anpassung der bewährten Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher an die neuen Anforderungen. Unsere Erzieherinnen und Erzieher sind entgegen der Äußerung von Frau Birk (Pressemitteilung vom 02.12.2004) keine pädagogischen Kräfte zweiter Klasse, nur weil sie anders als Lehrkräfte kein Studium absolviert haben.

Generell dürfe die Notwendigkeit einer frühkindlichen Bildung nicht bei den Kommunen abgeladen werden. Dies gelte auch für die Ausweitung des Angebotes an Betreuungsplätzen für Kinder bis zu drei Jahren. Die Maßgabe der Bundesregierung, die Kommunen könnten die Krippenplätze durch die Ersparnisse aus Hartz IV finanzieren, steht nur auf dem Papier. Am Ende wird es kommen wie immer: Rot-Grün gibt das Geld anderer Leute aus und lässt die Kommunen im Regen stehen.